



KR Thomas Hurter, Schaffhausen

Kantonsrat

Eingegangen: 28. Februar 2012/16

An den
Regierungsrat des Kantons
Schaffhausen
Regierungsgebäude

8200 Schaffhausen

K-Nr. RR 984

Schaffhausen, 26. Februar 2012

Kleine Anfrage 2012/11

Auswirkungen der Steuergesetzrevisionen der letzten Jahre auf das kantonale Steuersoll

Sehr geehrter Frau Regierungspräsidentin
Sehr geehrte Frau Regierungsrätin
Sehr geehrte Herren Regierungsräte

In letzter Zeit mehren sich linke Stimmen, die den Grund für leere Staatskassen einer „falschen Steuerpolitik und einem hirnrissigen Standortwettbewerb“ zuschreiben, so Bernhard Ott im Kommentar der AZ vom 9. Februar 2012. Bis heute wurde diese These nicht belegt, insbesondere wurde bis dato auch nicht aufgezeigt, ob die Steuerpolitik der letzten Jahre tatsächlich zu Steuerausfällen geführt hat, oder ob eben dank der tieferen Steuerbelastung Firmen angesiedelt werden konnten, bzw. Personen zugezogen sind, die das Steueraufkommen vermehrt haben. Auch fehlen Angaben, ob die zahlreichen Firmen auch ohne die beschlossenen Steuergesetzrevisionen hätten angesiedelt werden können.

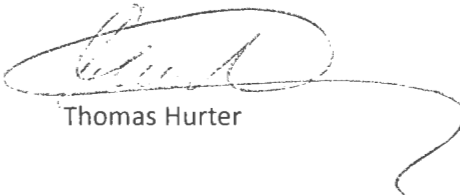
Deshalb bitte ich Sie, mir nachstehende Fragen zu beantworten:

1. Wie hat sich das Steuersoll der in im Kanton Schaffhausen steuerpflichtigen
 - Natürlichen und Juristischen Personen innerhalb der letzten 10 Jahre, gegliedert nach Steuerjahren und innerhalb dieser nach Einkommens- bzw. Vermögenssteuern, resp. Ertrags- und Kapitalsteuern
 - Quellensteuerpflichtigen, gegliedert nach ordentlicher Quellensteuer und Grenzgängersteuer entwickelt?
2. Können Aussagen gemacht werden, in welchem finanziellen Rahmen sich die Steuergesetzrevisionen der letzten 10 Jahre ausgewirkt haben?
3. Sofern Mehrsteuereinnahmen durch die Ansiedelung von Firmen generiert werden konnten, wie gliedern sich diese nach den in Frage 1 genannten Steuersubjekten?

4. Wie beurteilt der Regierungsrat die Aussage linker Kreise, der Kanton Schaffhausen hätte in den letzten Jahren eine verfehlte Steuerpolitik betrieben?
5. Ist der Regierungsrat der Meinung, die zahlreichen Ansiedelungen internationaler Konzerngesellschaften wären auch ohne die erfolgten Steuergesetzrevisionen, die insbesondere bei den juristischen Personen zu ansehnlichen Steuerentlastungen geführt haben, erfolgt?
6. Wo sieht der Regierungsrat die Steuerbelastung des Kantons Schaffhausen am Ende der nächsten Legislatur?
7. Sofern sich der Steuerstreit mit der EU zuspitzt, sieht der Regierungsrat die Möglichkeit einer Einführung eines differenzierten Steuerfusses für juristische Personen, so wie ihn das Steuergesetz in Art. 3 Abs. 5 vorsieht?
8. Wo ortet der Regierungsrat die Ursache, dass zahlreiche Kaderleute der neu angesiedelten Firmen nicht bei uns, sondern ennet des Rheins Wohnsitz nehmen?

Für die Beantwortung der Fragen bedanke ich mich im Voraus bestens.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Hurter